

Gehört zur Verfügung des

Regierungspräsidenten Düsseldorf

vom. 16.12.1986 A.Z. 352- 12.92 (Du. 700 I C)

B e g r ü n d u n g

zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 700 I C - Huckingen "Angerbogen" -  
für einen Bereich ca. 350 m südlich der Albertus-Magnus-Straße  
und Böckumer Burgweg, zwischen Alter Angerbach und Stadtbahn

Stand: ~~September 1985~~

April 1986

STADT DUISBURG



## G l i e d e r u n g

1. Allgemeines
  - 1.1 Einleitung
  - 1.2 Ziele und Zwecke der Planung
2. Vorgaben und Bindungen
  - 2.1 Landesplanerische Vorgaben
  - 2.2 Gemeindliche Entwicklungsplanung
    - 2.21 Ziele zur Stadtentwicklung
    - 2.22 Räumlich-funktionales Nutzungskonzept
    - 2.23 Fachplanungen
  - 2.3 Flächennutzungsplan
  - 2.4 Umlegungsgebiet
3. Bürgerbeteiligung
4. Darstellung des städtebaulichen Gesamtentwurfes
5. Ziele für den Bebauungsplan Nr. 700 I C
  - 5.1 Verkehr
  - 5.2 Bebauung
  - 5.3 Grün- und Freiflächen
  - 5.4 Ver- und Entsorgung
  - 5.5 Wasserwirtschaft
  - 5.6 Grundsätze für soziale Maßnahmen
6. Immissionssituation
7. Nutzungsalternativen zum Gesamtkonzept
8. Kostenschätzung
9. Textliche Festsetzungen/örtliche Bauvorschriften
10. Aufhebungsvermerk



## 1. Allgemeines

### 1.1 Einleitung

Der Planungsbereich "Angerbogen" liegt am südlichen Stadtrand Duisburgs. Er schließt unmittelbar an die ausfransende Bebauung des Ortsteils Huckingen an.

Begrenzt wird er durch die Albertus-Magnus-Straße im Norden, den "Alter Angerbach" im Osten und Süden, den "Neuer Angerbach" und die Straße "Am Bruchgraben" im Westen.

Die flache, linsenförmige Feld- und Wiesenaue wird z. Z. hauptsächlich landwirtschaftlich genutzt und ist entlang des alten und neuen Angerbaches fast vollständig von Landschaftsschutzgebieten umschlossen.

Nur entlang der in Nord-Süd-Richtung verlaufenden und diesen Grünbereich in 2 Hälften teilende Düsseldorf Landstraße befinden sich einige ältere Gebäude. Dort wohnen ca. 90 Menschen. Hier befinden sich auch einige Gewerbebetriebe sowie 2 Tankstellen.

Außerdem umfaßt der Planungsbereich "Angerbogen" einen ca. 200 m breiten Streifen der vorhandenen, lückenhaften Bebauung Huckingens südlich der Albertus-Magnus-Straße. Dieser ist entlang der Raiffeisenstraße, der Bernkasteler Straße und des Böckumer Burgweges überwiegend mit Einfamilienhäusern bebaut. Hier leben ca. 230 Menschen.

Parallel zur Düsseldorf Landstraße verläuft die Stadtbahn Duisburg - Düsseldorf. 2 Bahnhöfe sind im Planungsbereich bereits ausgebaut.

### 1.2 Ziele und Zwecke der Planung

Seit 1957 ist der Planungsbereich "Angerbogen" im Leitplan bzw. Flächennutzungsplan der Stadt Duisburg im wesentlichen als Baugebiet dargestellt.

Ab 1969 bestanden konkrete Überlegungen, diese größte und wegen ihrer hervorragenden Lage an der Achse zwischen den Zentren von Duisburg und Düsseldorf bedeutendste Reservebaufläche der Stadt zu bebauen. Auf der Basis eines städtebaulichen Gutachtens der Architektengemeinschaft Bähr, Spengelin und Stumpf wurde von der Stadt 1970 ein Bebauungsplan-Verfahren eingeleitet.



Diese Planungskonzeption, die mit Zustimmung aller an der Planung beteiligten Stellen und Behörden von einer maximalen Nutzung der Grundfläche und einem Ziel von ca. 20.000 Einwohnern ausging, stellte sich endgültig 1976 als nicht mehr durchführbar heraus.

Langfristig gesehen bleibt jedoch in Duisburg weiterhin ein Bedarf an Wohnbauten bestehen. Die Vorbereitungen zu einer Bebauung der Angerbogenfläche in einer weniger verdichteten Form sind deshalb weiterhin erforderlich (siehe hierzu auch Pkt. 2.21: Ziele zur Stadtentwicklung).

Zwischen 1977 und 1979 wurden dann unter Beteiligung der Öffentlichkeit in der Zielsetzung wesentlich reduzierte **Stadtentwicklungs-** und **Flächennutzungskonzepte** entwickelt.

Mit Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen konnten dann 1980 von der Stadt Gutachten für ein städtebaulich-räumliches Gesamtkonzept für den Bereich Angerbogen in Auftrag gegeben werden. Wegen der Bedeutung des Projektes und um Alternativen für die zukünftige Bebauung zu erhalten, wurden 5 Planungsbüros beauftragt, im Abschnitt 7. dieser Begründung (Nutzungsalternativen zum Gesamtkonzept) sind diese Gutachten dokumentiert.

Als Ergebnis einer intensiven Prüfungs- und Beratungsphase im Jahre 1981, an der außer der Verwaltung sowohl die Öffentlichkeit (siehe Punkt 3. dieser Begründung "Bürgerbeteiligung") als auch der Rat der Stadt beteiligt waren, bildet das neue Gutachten der Architektengemeinschaft Bähr, Spengelin und Stumpf die Grundlage der weiteren Planung. Im Abschnitt 4. ist dieser städtebauliche Entwurf näher erläutert. Das Gutachten wurde überarbeitet und bildet in Form eines Vorentwurfes die Basis für sechs Bebauungsplanteilbereiche.



Ziel und Zweck dieser sechs Bebauungspläne ist es, auf der Grundlage des Entwurfes der Arbeitsgemeinschaft Bähr, Spengelin und Stumpf die Reservebaufläche Angerbogen einer städtebaulich-geordneten wohnwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Hierzu dient die Ausweisung

- und Erschließung von Wohnbauflächen,  
um Wohngebäude errichten zu können
- von Kerngebietsflächen im Zentrum,  
um die Versorgung des Planbereiches mit Gütern des täglichen Bedarf sicherzustellen
- von Sondergebietsflächen für Verwaltung,  
um Arbeitsplätze im tertiären Sektor schaffen zu können
- von Mischgebietsflächen,  
um Arbeitsplätze im sekundären Sektor erhalten zu können
- von Flächen für den Gemeinbedarf,  
um die soziale Versorgung des Planbereiches mit Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Jugend- und Seniorentreffs, Kirchen etc. zu gewährleisten
- von Grünflächen,  
um den Bedarf an Dauerkleingärten, Kinderspielplätzen, Sportplätzen und öffentlichen Parkanlagen zu decken.

Entsprechend dem derzeitigen Bedarf zur Deckung der vorwiegend nach Einfamilienhäusern bestehenden Nachfrage werden zunächst die Teilbebauungspläne Nr. 700 I A und C aufgestellt.

Da der weitere Bedarf im Planungsbereich Angerbogen z. Z. nicht absehbar ist, soll die Aufstellung der Teilpläne B, D, E und F zunächst zurückgestellt werden.

## 2. Vorgaben und Bindungen

### 2.1 Landesplanerische Vorgaben

Der Bereich des südlichen Angerbogens ist nach dem Gebietsentwicklungsplan für das Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk vom 1. 7. 1966 (GEP 66), MBl. NW. 1966, S. 2203, eine Teilfläche eines Wohnsiedlungsbereiches mit überwiegend dichter Bebauung.

Das Land hat im Generalverkehrsplan ein schienengebundenes öffentliches Nahverkehrsnetz vorgegeben. Die Trassenführung der von Düsseldorf nach Dinslaken führenden Stadtbahnstrecke wurde im Ortsteil Huckingen im Verlauf der bestehenden Straßenbahnlinie festgelegt. Der stadtbahnmäßige Ausbau mit 2 Haltestellen innerhalb der Reservebaufläche "südlicher Angerbogen" ist bereits fertiggestellt.



## 2.2 Gemeindliche Entwicklungsplanung

### 2.21 Ziele zur Stadtentwicklung

Die Ziele zur Stadtentwicklung wurden aufgestellt, um das die Gesamtentwicklung der Stadt vorbereitende Verwaltungshandeln auf einheitliche und überprüfbare Grundsätze auszurichten. Die Ziele sind als übergeordnete entwicklungsplanerische Vorgaben verbindlich (Ziele zur StE - Ratsbeschluß vom 26. 3. 1979 - DS 2187/4 -).

Spezielle Ziele sind hierin für den Bereich dieses Bebauungsplanes nicht festgelegt..

Jedoch wurden vom Rat der Stadt am 27.11.1978 mit der DS 5275 "Planungsvorgaben für den Bereich Huckingen - südlicher Angerbogen" folgende für den Planbereich und den umgebenden Raum geltenden entwicklungsplanerische Vorgaben beschlossen:

1. Die Entwicklung im Raum Duisburg-Süd muß zur Erfüllung von Förderungsvoraussetzungen auf die Entwicklungsziele des Landes ausgerichtet werden. Deshalb sind in diesem Raum
  - Bauaktivitäten des öffentlich geförderten Wohnungsbaus vorzugsweise in die Reservebaufläche des südlichen Angerbogens zu lenken,
  - für frei finanzierende Bauträger überwiegend die Wohnbaureserveflächen vorzuhalten, die Förderungsvoraussetzungen nicht erfüllen;
  - größere, bisher teilweise oder ausschließlich für Geschoßbau ausgewiesene Flächen in Einfamilienhausgebiete umzuwandeln,
  - industrienahen Reserveflächen für den Wohnungsbau nicht in Anspruch zu nehmen.
2. Die Einwohnerzielzahl für den Angerbogen ist so zu bemessen, daß die Grundversorgung tragfähig ist, der Standort sämtlicher noch erforderlicher Infrastruktureinrichtungen innerhalb dieser Fläche vorgesehen werden kann und die bauliche Ausnutzung ohne Inanspruchnahme der die Siedlungsfläche direkt umschließenden Schutzgebiete erfolgt.



3. Die Konzeption des Projektes Angerbogen muß mit einer stufenweisen Realisierungsmöglichkeit den niedrigen Förderungskontingenten Rechnung tragen.
4. In Ausrichtung auf das Siedlungsschwerpunkte-Konzept soll im südlichen Angerbogen neben der Konzentration der noch zu ergänzenden öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen auch ein Angebot für Arbeitsplätze berücksichtigt werden.
5. Das Wohnungsangebot im Angerbogen soll neben Mietwohnungen auch Eigentumsformen vorsehen. Die Bebauung soll überwiegend mehrgeschossig sei.
6. Der Sicherung des Freiraumes im Umfeld der Reservebaufläche südlicher Angerbogen ist größere Bedeutung beizumessen."

Die Festsetzungen dieses Bebauungsplanes entsprechen den genannten entwicklungsplanerischen Vorgaben. Das unter Punkt 5. angeführte Wohnungsangebot soll dabei entsprechend dem Bedarf, in den ersten Realisierungsabschnitten verstärkt Einfamilienhausbebauung umfassen. Damit soll der weiteren Bevölkerungsabwanderung Duisburgs entgegengewirkt werden. Insbesondere gilt es, die für die finanzielle Situation der Stadt besonders wichtigen Bevölkerungsgruppen hierzubehalten. Hierzu dient insbesondere die Bereitstellung von Bauland in attraktiven Lagen für Einfamilienhausbebauung.

## 2.22 Räumlich-funktionales Nutzungskonzept (RFNK)

Nach dem Landesentwicklungsprogrammgesetz legen die Gemeinden Siedlungsschwerpunkte (SSP) fest. Die Entwicklung ist in der Gemeinde auf die SSP auszurichten.

Das räumlich-funktionale Nutzungskonzept (RFNK) legt für das Stadtgebiet die SSP fest. Das RFNK wurde vom Rat der Stadt am 27. 10. 1980 beschlossen (DS 1545/2).

Danach bilden Buchholz und Huckingen zusammengefaßt einen Siedlungsschwerpunkt mit der Funktion eines Nebenzentrums. Die Entwicklung eines Kernbereiches der räumlich zusammengefaßt Standort aller zentralen Einrichtungen wird, ist nicht möglich. Stattdessen gelten die vorhandenen Standorte mit jeweils mehreren zentralen Einrichtungen (Sittardsberg, Münchener Straße, Schulzentrum Biegerhof) und der geplante Standort für zentrale Funktionen im Bereich Angerbogen als Teile des Nebenzentrums. Die dominierende Funktion des SSP ist und bleibt seine Wohnfunktion.

Die Festsetzungen dieses Bebauungsplanes entsprechen den o. g. Aussagen.



## 2.23 Fachplanungen

Die Aussagen der städtischen Fachplanungen, wie z. B. Schulentwicklungsplan, Bedarfsplan für Begegnungstätten für ältere Bürger, Kindertagesstättenbedarfsplan, Kindergartenbedarfsplan, Kinderspielplatzbedarfsplan, Sportstättenleitplan sind in den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes berücksichtigt.

Die einzelnen in diesem Bebauungsplan enthaltenen Maßnahmen sind im Abschnitt 5. dieser Begründung näher erläutert.

## 2.3 Flächennutzungsplanung

\* neu 1986

~~Für den Bereich dieses Bebauungsplan-Entwurfes liegt ein rechtskräftiger Flächennutzungsplan noch nicht vor.~~

Der Bebauungsplan ist aus dem in Aufstellung befindlichen Entwurf zum neuen Flächennutzungsplan der Stadt Duisburg entwickelt.

Damit sind die Planungsziele dieses Bebauungsplanes mit der Landesplanung gemäß § 20 (1) Landesplanungsgesetz abgestimmt.

In diesen Flächennutzungsplan-Entwurf wurde das bereits im April 1978 mit der Bürgerschaft erörterte Flächennutzungskonzept für den Angerbogen-Bereich übernommen.

Gemäß § 8 (3) Bundesbaugesetz (BBauG) wird das Aufstellungsverfahren dieses Bebauungsplanes parallel zur Aufstellung des Flächennutzungsplanes betrieben.

Dies bedeutet, daß dieser Bebauungsplan nicht vor dem Flächennutzungsplan der Stadt Duisburg genehmigt werden kann.

## 2.4 Umlegungsgebiet

Für den Planbereich ist gemäß Ratsbeschluß vom 20. 7. 1981 eine Umlegung angeordnet.

\*neu 1986: Der Bebauungsplan ist aus dem seit dem 10.01.1986 wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Duisburg entwickelt.

Damit sind die Planungsziele dieses Bebauungsplanes mit der Landesplanung gem. § 20 (1) Landschaftsgesetz abgestimmt.



### 3. Bürgerbeteiligung

#### 3.1 Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung gemäß § 2 a (2) BBauG

##### 3.11 Bericht über den Anhörungstermin

Die nach § 2 a (2) BBauG vorgeschriebene Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung sowie die nach § 6 b der Gemeindeordnung NW erforderliche Unterrichtung der Einwohner erfolgte im Rahmen einer Sitzung der Bezirksvertretung Süd am 27. April 1981.

Etwa 350 Einwohner nahmen an diesem Anhörungstermin teil.

Es wurden anhand von Dias die unter Punkt 7. dieser Begründung beschriebenen Planungsalternativen vorgestellt, erläutert und mit den Anwesenden erörtert.

Die Niederschrift des Anhörungstermines ist als Anlage dieser Begründung beigelegt.

Nach dem Anhörungstermin wurden noch folgende Stellungnahmen schriftlich abgegeben. Sie sind als Anlage der Niederschrift beigelegt.

1. Schreiben von Herrn Ernst Otto von Reis  
vom 3. 5. 1981
2. Schreiben der ARAL AG  
vom 4. 5. 1981
3. Schreiben einer IG "Kaiserswerther Straße"  
vom 26. 5. 1981
4. Schreiben der IG "Siedeln am Angerbogen"  
vom 29. 5. 1981
5. Antrag der SPD-Fraktion der BV Süd  
vom 31. 3. 1981 (DS 2894)
6. Antrag der SPD-Fraktion der BV Süd  
vom 31. 3. 1981 (DS 2895)



### 3.12 Auswertung der Bürgerbeteiligung

Aus der Bürgerbeteiligung waren keine wesentlichen Argumente für die Auswahl eines Gutachtens abzuleiten. Die Vorschläge waren vielmehr allgemeiner Art. Diese Vorschläge waren entweder in allen Gutachten zu realisieren oder aber sie betrafen Bereiche außerhalb des Planungsbereiches.

Die Vorschläge und Wünsche, die nach der als Anlage beigefügten Niederschrift im Anhörungstermin nicht abschließend behandelt werden konnten oder zu denen eine Prüfung zugesagt wurde, betrafen folgende Bereiche:

#### 1. Verkehrskonzept \*)

~~Gefordert wurde je nach Interessenlage~~

- ~~- verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Raiffeisenstraße~~
- ~~- Weiterführung der Kaiserswerther Straße auf die B 8~~
- ~~- Beibehaltung des derzeitigen Zustandes der Kaiserswerther Straße~~
- ~~- Gesamt-Verkehrskonzept für Huckingen.~~

In der Begründung ist unter Punkt 5.1 ausführlich das Erschließungskonzept für den Angerbogenbereich und das Konzept für Huckingen erläutert.

Eine mögliche direkte Weiterführung der Kaiserswerther Straße zur B 8 würde das neue Baugebiet zerstören. Im Bebauungsplan ist deshalb weiter nördlich eine neue Verbindungsstraße zwischen der Straße "Am Bruchgraben" und der B 8 geplant. Die Raiffeisenstraße ist an diese neue Straße angeschlossen.

Darüber hinaus sind inzwischen in der Raiffeisenstraße Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durchgeführt.

Damit wurden die o. a. Forderungen insgesamt ~~im vorliegenden Bebauungsplan erfüllt.~~

\*) neu: Siehe Seite 10 a



# 1. Verkehrskonzept

Gefordert wurden je nach Interessenlage

- verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Raiffeisenstraße
- Weiterführung der Kaiserswerther Straße auf die B 8
- Beibehaltung des derzeitigen Zustandes der Kaiserswerther Straße
- Gesamt-Verkehrskonzept für Huckingen

In der Begründung ist unter Punkt 5.1 ausführlich das Erschließungskonzept für den Angerbogenbereich und das Konzept für Huckingen erläutert.

Eine direkte Weiterführung der Kaiserswerther Straße zur B 8 würde das Konzept des möglicherweise später zu realisierenden Gesamtkomplexes der Angerbogenbebauung zerstören. Dazu würde diese Fortführung unerwünschten Durchgangsverkehr auf sich ziehen.

Die über den Bruchgraben verlaufenden, überwiegend nur als Nachbarschaftsverkehr notwendigen Beziehungen werden über den Abschnitt der Straße Im Ährenfeld und der Raiffeisenstraße verkehren. (Darüber hinaus wird sich hierüber der Verkehr des Wohngebietes jenseits (westl.) des Bruchgrabens mit dem Süden abwickeln.) Diese Verbindung für den Kraftfahrzeugverkehr wird nach einer Überprüfung der bisherigen Planung aufgrund der Bedenken aus der Bürgerschaft und aufgrund der nun in den Neubauabschnitten A und C wesentlich reduzierten Wohnungseinheiten für ausreichend gehalten. Für Rad- und Fußgängerverkehr ist eine weitere Nachbarschaftsverbindung in Höhe der Straße An der Evershecke vorgesehen.

Darüber hinaus sind inzwischen in der Raiffeisenstraße Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durchgeführt. Weitere wesentliche Maßnahmen sind hierzu in der Planung vorgesehen.

Damit wurden die o. a. Forderungen soweit wie möglich im vorliegenden Bebauungsplan berücksichtigt.



2. Städtebauliches Rahmenkonzept für Gesamt-Huckingen

Gefordert wurde ein Konzept für Gesamt-Huckingen, um befürchtete negative Einflüsse der Neubebauung auf den alten Ortsteil zu vermeiden.

Im Rahmen der Erarbeitung des Planungskonzeptes für den Angerbogen wurden bereits ausführliche Untersuchungen für Gesamt-Huckingen angestellt und von den zuständigen Ausschüssen gebilligt. Diese als Grundsätze formulierten Bedingungen für die Bauleitplanung sind im vorliegenden Bebauungsplan berücksichtigt.

Die Grundsätze sind in der Begründung unter Punkt 2.21 (Ziele zur Stadtentwicklung) wiedergegeben.

3. Angeblich fehlender Nachweis der Notwendigkeit einer Bebauung des Angerbogenbereiches

Es wurde bezweifelt, ob der Planbereich überhaupt bebaut werden müßte.

Im Rahmen der Erarbeitung des Planungskonzeptes für den Angerbogen wurden ausführliche Untersuchungen über die Bedeutung der Reservebaufläche südlicher Angerbogen angestellt und von den zuständigen Ausschüssen gebilligt.

Als Ergebnis wurde damals formuliert:

Im Stadtgebiet Duisburg sind neben kleineren und gestreut liegenden Grundstücken 3 größere Reservebauflächen vorhanden. Diese liegen in Alt-Walsum, Rumeln-Kaldenhausen und Huckingen (südlicher Angerbogen).

In der Wohnungsbedarfsprognose wurde auf der Grundlage normativer Kriterien errechnet, daß der Wohnungsbedarf nicht abgedeckt ist. Trotz



rückläufiger Bevölkerungsentwicklung muß weiterhin Wohnraum durch Neubauten erstellt werden. Denn zunächst ist der Rückgang der Bevölkerung eine rechnerische Größe, die durch verschiedene Veränderungen entsteht. Nur zum Teil werden dabei auch Wohnungen freigesetzt. Diese Zahl reicht aber nicht aus, um den Neubedarf (z. B. für Haushaltsverselbständigungen) und Nachholbedarf (z. B. für bisher räumlich unangemessen untergebrachte Haushalte) abzudecken und auch noch den Wohnungsschwund durch Abbrüche, Umwidmungen und Wohnungszusammenlegungen auszugleichen. Selbst bei ausgeglichenem Rechenergebnis könnte auf weiteren Wohnungsneubau nicht verzichtet werden. Außerdem schafft jede Neubautätigkeit die Voraussetzung für weitere Umzüge im vorhandenen Wohnungsbestand, um somit sukzessive zum Disparitätenabbau in der Wohnungsversorgung beizutragen.

Bei der Größe des Stadtgebietes muß Reservefläche an mehreren Standorten in räumlicher Zuordnung zu den Teilgebieten gesichert werden. Obwohl eine Verortung des Bedarfs aus der Wohnungsbedarfsprognose nicht abgeleitet werden kann, ist der südliche Angerbogen mit nachfolgender Begründung unverzichtbare Wohnbaureservefläche:

- Im mittleren Bereich des alten Stadtgebietes bestehen mit Ausnahme von Baulücken keine Baulandreserven. Aus der Sicht der Stadtentwicklung kann als Ausgleich der Verweis auf Reserveflächen am Westrand der linksrheinischen Ortsteile nicht akzeptiert werden. Diese Flächen liegen weiter entfernt und ihre ÖPNV-Verbindung kann nicht entscheidend verbessert werden. Der Stützung der positiven bestehenden Verflechtungen zwischen dem Arbeitsplatzangebot in Duisburg-Mitte und -Süd, dem öffentlichen Infrastrukturangebot in der Stadtmitte und der auf sie ausgerichteten optimalen Verkehrsinfrastruktur soll Vorrang gelten.



- Die Wohnbaureserveflächen im Stadtgebiet mußten durch die Berücksichtigung des Umweltschutzes bereits eingeschränkt werden. Im Raum des südlichen Angerbogens treten dagegen keine Grenzwertüberschreitungen für Staubbiederschlag und SO<sub>2</sub> auf. Eine Verschlechterung der Immissionssituation ist aus den Betriebsanlagen und deren bekannten Veränderungen im westlich liegenden Industriegebiet nicht herzuleiten.
- Da die Stadtbahntrasse besteht und die Festlegung als Teil eines Siedlungsschwerpunktes vorgesehen ist, können die Anforderungen der Wohnungsbaufinanzierung im Angerbogenprojekt als erfüllt angesehen werden.
- Die zentralen öffentlichen Einrichtungen sind im Raum Duisburg-Süd vorhanden und in ihrer Dimensionierung auch auf das Einwohnerpotential der Reservefläche im südlichen Angerbogen ausgerichtet.

#### 4. Berücksichtigung des Landschaftsgesetzes

Gefragt wurde, inwieweit das Landschaftsgesetz bei der Planung des Angerbogens berücksichtigt wurde und welche durch das Gesetz vorgeschriebene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen geplant seien.

Die vorliegenden Planungen für die Bebauung des Angerbogens sind das Ergebnis jahrelangen Bemühens um eine gerechte Abwägung zwischen den Belangen des Naturraumes und der Notwendigkeit der Bereitstellung von zusätzlichen Wohnbauflächen in Duisburg.

Letzterer wurde im Abwägungsprozeß der Vorrang gegeben, da die Abwanderungsbewegung in die Region und der damit verbundene Einnahmeverlust gemindert werden soll und der Angerbogenbereich für eine Bebauung die bestmöglichen Voraussetzungen bietet, wie unter Punkt 2.21 bereits erläutert wird.

\* neu 1986

~~Der durch eine mögliche Bebauung verursachte Eingriff in die Natur wird, wie der vorliegende Bebauungsplan zeigt, auf Bereiche außerhalb des Landschaftsschutzes beschränkt. Es werden keine gliedernden und belebenden Elemente in der Landschaft zerstört.~~

- \* neu 1986: Der durch eine mögliche Bebauung verursachte Eingriff in die Natur wird, wie der vorliegende Bebauungsplan zeigt, auf Bereiche außerhalb des Landschaftsschutzes und auf das für die Bebauung unbedingt erforderliche Maß beschränkt, dessen Auswirkungen so gering wie möglich gehalten sowie hierfür Ersatz geschaffen.



\* neu 1986

~~Als Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des § 4~~  
~~Landschaftsgesetz sind folgende Maßnahmen~~  
~~im Bebauungsplan anzusehen:~~

- Die geplanten Grün- und Freiräume sind an die bestehenden Freiräume im Außenbereich angebunden.
- Grün- und Freiräume sind in die neue Siedlung eingegliedert und zu einem "Grünzugsystem" zusammengehängt.

\*) neu

Die vorliegenden Planungen erfüllen diese Ziele. ~~Sie werden in den folgenden Planungs- und Bearbeitungsstufen weiter konkretisiert werden.~~ \*\* neu 1986

#### 5. Ausweisung eines Tankstellengrundstückes

Es wurde angeregt, das Grundstück Düsseldorfer Landstraße 364, auf dem sich eine Tankstelle befindet, als Tankstellengrundstück im Bebauungsplan auszuweisen.

Der Bedarf ist bei Realisierung der geplanten Bebauung gegeben. Die Belange der Tankstellenbetreiber sind durch die Ausweisung von WA-Flächen berücksichtigt.

Im Flächennutzungsplan und im Bebauungsplan werden jedoch Tankstellengrundstücke nicht besonders ausgewiesen. Sie sind nach der Bau-nutzungsverordnung in allen Baugebieten, außer dem "Reihen Wohngebiet", zulässig oder zumindest ausnahmsweise zulässig.

#### 6. Beteiligung der Betroffenen am Planungsgeschehen

Von der IG Angerbogen wurde die Installierung eines Arbeitskreises, gebildet aus Vertretern von Verwaltung, Rat, Architekten, IG "Siedeln am Angerbogen", Alt-Huckinger Bevölkerung und sonstigen Bauwilligen gefordert. Aufgabe des Arbeitskreises solle die Begleitung der Planung und Realisierung sein.

Die Einwohner sind an der Planung des Angerbogens bereits frühzeitig und ausführlich beteiligt worden.

\*) neu

- Für entfallende Bäume sind Ausgleichsmaßnahmen in Form von Baumpflanzungen innerhalb der öffentlichen Grünflächen vorgesehen.

\* neu 1986: Hierzu dienen u. a. folgende Maßnahmen:

\*\* neu 1986: (Siehe hierzu auch Seite 25 a)



Zu den ersten Überlegungen zu einem Flächenkonzept wurde am 27. 6. 1978 eine erste Bürgerbeteiligung durchgeführt.

Am 28. 10. 1980 wurden die abgegebenen Gutachten von den Planverfassern der Öffentlichkeit vorgestellt und erläutert.

Am 27. 4. 1981 wurde dann im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens die Bürgerbeteiligung gemäß § 2 a (2) BBauG durchgeführt.

Im weiteren Verfahren wird der Bebauungsplan-Entwurf nach § 2 a (6) BBauG auf die Dauer von 1 Monat offengelegt. Die Einwohner haben dann die Möglichkeit, Anregungen und Bedenken vorzubringen. \*) neu

Eine weitergehende generelle zusätzliche Beteiligung in allen Bauleitplanverfahren würde das Aufstellungsverfahren verlängern und eine Bevorzugung bestimmter Interessengruppen bedeuten. Dies schließt jedoch nicht aus, daß eine frühzeitige Beteiligung zukünftiger Bauherren bei den einzelnen Bebauungsplänen vorgesehen wird.

#### 7. Schaffung einer Freifläche für Veranstaltungen

Gefordert wurde, zu untersuchen, wo eine Freifläche für Veranstaltungen geschaffen werden kann.

Im Bereich des zukünftigen Zentrums ist eine Freifläche als Marktplatz vorgesehen.

\*) neu

Die Bebauungspläne für die Teilbereiche Nr. 700 I A und 700 I C haben zwischenzeitlich vom 21. Februar 1984 bis 22. März 1984 öffentlich ausgelegt. \* neu 1986

\* neu 1986: Aufgrund von Bedenken und Anregungen wurden beide Bebauungspläne überarbeitet und erneut vom 16.12.1985 bis 24.01.1986 öffentlich ausgelegt.



#### 4. Darstellung des städtebaulichen Entwurfes für den Planungsbereich Angerbogen

Nachfolgend beschriebene städtebauliche Entwurfselemente sind grundsätzliche Aussagen. Sie werden in den einzelnen Bebauungsplanabschnitten konkretisiert. Der städtebauliche Entwurf der Planungsgemeinschaft Angerbogen (Bähr, Spengelin, Stumpf) geht von einem klaren Grundgedanken aus. Angepaßt an die vorgefundene Landschaftsform sollen verkehrsabgewandte, durch Grünzonen von einander getrennte Wohnbereiche um eine "grüne Mitte" geschaffen werden.

So sind in sich geschlossene, auf eigene Mittelpunkte, orientierte Wohnviertel vorgesehen. Diese Wohnviertel gruppieren sich ringförmig um die zentrale Grünfläche. Durch die trennenden Grünzonen, die Kleingärten und Spielplätze aufnehmen, wird der Bezug zu den das Baugebiet umgebenden Frei- und Grünflächen hergestellt.

In den einzelnen Wohnvierteln können auch Geschosßbauten zur Raumbildung um die Plätze angeordnet werden. Sie können dann Hausketten, die vom Geschosßwohnungsbau über Stadthaus-typen in Einfamilienreihenhaustypen übergehen, bilden und damit den Anschluß an die freistehenden Einfamilienhäuser herstellen. Aufgrund des flexiblen Planungskonzeptes liegen die verschiedenen Gebäudeformen nicht fest. Sie können entsprechend dem Bedarf festgesetzt werden.

Überwiegend Einfamilienhäuser sind südlich des Böckumer Burgweges vorgesehen. Diese Bebauung mit Einfamilienhäusern ergänzt die vorhandene Bebauung nördlich des Böckumer Burgweges und rundet diese harmonisch ab.

Die verkehrliche Anbindung des neuen Stadtteils an das überörtliche und innerstädtische Straßennetz erfolgt über die vorhandene Düsseldorfer Landstraße. Sie ist als "Bundesstraße" (B 8) klassifiziert und durchquert das Plangebiet in Nord-Süd-Richtung.

Der Planfeststellungsbeschluß für den Weiterbau der A 59 zwischen der Anschlußstelle DU-Buchholz und der A 524 (B 288) liegt vor. Der Weiterbau dieses Abschnittes der A 59 soll noch 1985 begonnen werden. Durch diese Maßnahme soll die B 8 weitgehend vom Durchgangsverkehr entlastet werden.

Der Durchgangsverkehr in Ost-West-Richtung wird über die Streckenzüge Düsseldorfer Landstraße, Mündelheimer Straße, Mannesmannstraße nördlich bzw. die A 524 (B 288) südlich am Plangebiet vorbeigeführt.

Das neue S-förmige Haupterschließungssystem für den geplanten Ortsteil wird an die Düsseldorfer Landstraße an 3 Stellen angebunden. An diese Straßen reihen sich perlschnurartig die einzelnen Plätze mit den zugeordneten Wohnquartieren.



Die Erschließung der Einfamilienhausbereiche erfolgt grundsätzlich über Mischflächen.

Mit diesem hierarchisch gegliederten Straßensystem gelingt es, sämtliche Wohnviertel "verkehrsberuhigt" zu erschließen.

Fußgänger- und Radwege sind zu einem freien Netz innerhalb der Wohnbereiche und der Grünflächen zusammengebunden. Außerdem sind sie begleitend zu den Haupteerschließungsstraßen angeordnet.

Der Planbereich wird von der Stadtbahnlinie Duisburg-Düsseldorf durchquert. Durch zwei bereits gebaute Bahnhöfe ist eine hervorragende Anbindung an das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs gewährleistet. Die innere Erschließung soll durch eine Buslinie erfolgen.

Zwischen der B 8 und der Trasse der Stadtbahn ist im südlichen Planbereich ein "Sondergebiet Verwaltung" vorgesehen. Dieser Bereich und die am Bahnhof Kesselsberg für einen Hotelbau vorgesehene Fläche sollen als Angebotsfläche vorgehalten werden.

Um den höherliegenden Stadtbahnbahnhof ist der zentrale Bereich vorgesehen. Hier sollen die für die Versorgung des Planbereiches notwendigen Läden und Geschäfte angesiedelt werden. An dieser Stelle sollen städtische Einrichtungen wie Altentagesstätte, Volkshochschule etc. untergebracht werden. Auch Wohnungen sind hier vorgesehen.

Ein Jugendzentrum soll im Bereich des Steinhofes eingerichtet werden.

Zwei Gemeindezentren mit angegliederten Kindergärten bzw. Kindertagesstätten sollen an der Düsseldorfer Landstraße bzw. im zentralen Bereich angesiedelt werden.

Die im Endausbau notwendige Grundschule ist im südwestlichen Bereich so angeordnet, daß ein räumlicher Bezug zu den außerhalb des Planbereiches liegenden Schulen hergestellt ist. Der Schule zugeordnet ist ein Sportplatz mit Normalspielfeld.

Der gesamte Planungsbereich soll in mehreren Abschnitten, die im folgenden Übersichtsplan dargestellt sind, verwirklicht werden. Für jeden Realisierungsabschnitt wird ein Bebauungsplan-Verfahren durchgeführt.



Flächenbilanz für den Gesamtbereich

- Bauflächen (Nettobauland)	40,91 ha
- Gemeinbedarfsflächen	2,62 ha
- Grünflächen	26,88 ha
- Verkehrsflächen	19,57 ha
- Flächen für Bahnanlagen, Stadtbahn	<u>1,17 ha</u>
Gesamtfläche	91,15 ha



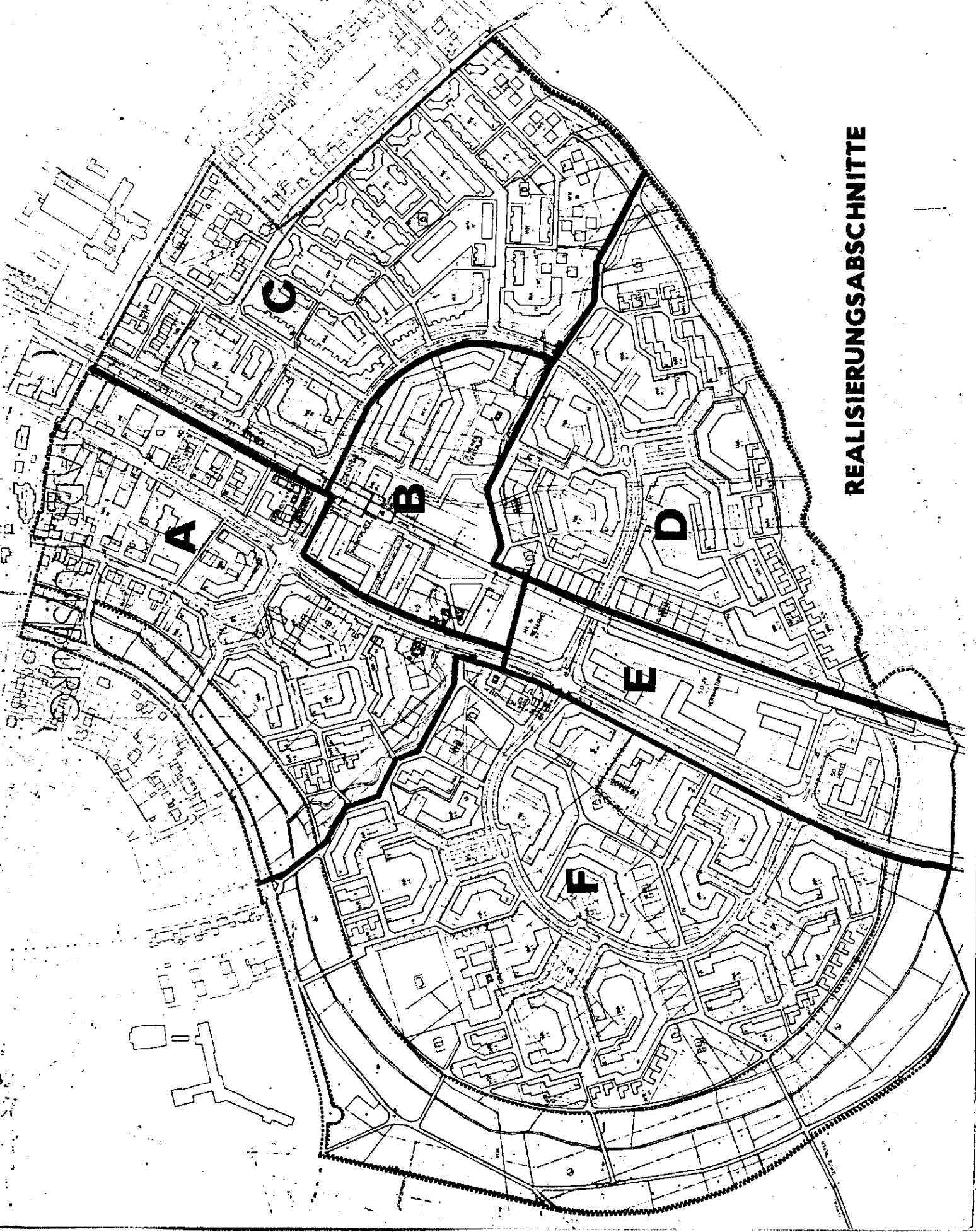
- 1. BEBAUUNGSZONEN
- 2. BEBAUUNGSZONEN
- 3. BEBAUUNGSZONEN
- 4. BEBAUUNGSZONEN
- 5. BEBAUUNGSZONEN
- 6. BEBAUUNGSZONEN
- 7. BEBAUUNGSZONEN
- 8. BEBAUUNGSZONEN
- 9. BEBAUUNGSZONEN
- 10. BEBAUUNGSZONEN
- 11. BEBAUUNGSZONEN
- 12. BEBAUUNGSZONEN
- 13. BEBAUUNGSZONEN
- 14. BEBAUUNGSZONEN
- 15. BEBAUUNGSZONEN
- 16. BEBAUUNGSZONEN
- 17. BEBAUUNGSZONEN
- 18. BEBAUUNGSZONEN
- 19. BEBAUUNGSZONEN
- 20. BEBAUUNGSZONEN
- 21. BEBAUUNGSZONEN
- 22. BEBAUUNGSZONEN
- 23. BEBAUUNGSZONEN
- 24. BEBAUUNGSZONEN
- 25. BEBAUUNGSZONEN
- 26. BEBAUUNGSZONEN
- 27. BEBAUUNGSZONEN
- 28. BEBAUUNGSZONEN
- 29. BEBAUUNGSZONEN
- 30. BEBAUUNGSZONEN
- 31. BEBAUUNGSZONEN
- 32. BEBAUUNGSZONEN
- 33. BEBAUUNGSZONEN
- 34. BEBAUUNGSZONEN
- 35. BEBAUUNGSZONEN
- 36. BEBAUUNGSZONEN
- 37. BEBAUUNGSZONEN
- 38. BEBAUUNGSZONEN
- 39. BEBAUUNGSZONEN
- 40. BEBAUUNGSZONEN
- 41. BEBAUUNGSZONEN
- 42. BEBAUUNGSZONEN
- 43. BEBAUUNGSZONEN
- 44. BEBAUUNGSZONEN
- 45. BEBAUUNGSZONEN
- 46. BEBAUUNGSZONEN
- 47. BEBAUUNGSZONEN
- 48. BEBAUUNGSZONEN
- 49. BEBAUUNGSZONEN
- 50. BEBAUUNGSZONEN
- 51. BEBAUUNGSZONEN
- 52. BEBAUUNGSZONEN
- 53. BEBAUUNGSZONEN
- 54. BEBAUUNGSZONEN
- 55. BEBAUUNGSZONEN
- 56. BEBAUUNGSZONEN
- 57. BEBAUUNGSZONEN
- 58. BEBAUUNGSZONEN
- 59. BEBAUUNGSZONEN
- 60. BEBAUUNGSZONEN
- 61. BEBAUUNGSZONEN
- 62. BEBAUUNGSZONEN
- 63. BEBAUUNGSZONEN
- 64. BEBAUUNGSZONEN
- 65. BEBAUUNGSZONEN
- 66. BEBAUUNGSZONEN
- 67. BEBAUUNGSZONEN
- 68. BEBAUUNGSZONEN
- 69. BEBAUUNGSZONEN
- 70. BEBAUUNGSZONEN
- 71. BEBAUUNGSZONEN
- 72. BEBAUUNGSZONEN
- 73. BEBAUUNGSZONEN
- 74. BEBAUUNGSZONEN
- 75. BEBAUUNGSZONEN
- 76. BEBAUUNGSZONEN
- 77. BEBAUUNGSZONEN
- 78. BEBAUUNGSZONEN
- 79. BEBAUUNGSZONEN
- 80. BEBAUUNGSZONEN
- 81. BEBAUUNGSZONEN
- 82. BEBAUUNGSZONEN
- 83. BEBAUUNGSZONEN
- 84. BEBAUUNGSZONEN
- 85. BEBAUUNGSZONEN
- 86. BEBAUUNGSZONEN
- 87. BEBAUUNGSZONEN
- 88. BEBAUUNGSZONEN
- 89. BEBAUUNGSZONEN
- 90. BEBAUUNGSZONEN
- 91. BEBAUUNGSZONEN
- 92. BEBAUUNGSZONEN
- 93. BEBAUUNGSZONEN
- 94. BEBAUUNGSZONEN
- 95. BEBAUUNGSZONEN
- 96. BEBAUUNGSZONEN
- 97. BEBAUUNGSZONEN
- 98. BEBAUUNGSZONEN
- 99. BEBAUUNGSZONEN
- 100. BEBAUUNGSZONEN

REALISIERUNGSABSCHNITTE

DUISBURG  
ANGERBOGEN

BEBAUUNGSPLAN 700:  
VORENTWURF M1:1000

DR. ING. JOSEF SCHMIDT ARCHITECT  
DUISBURG  
REALISIERUNG: 1962  
PLANSTAB: 1:500





## 5. Ziele für den Bebauungsplan Nr. 700 I C

Der vorliegende Bebauungsplan umfaßt den nordöstlichen Teilbereich des in Abschnitt 4 erläuterten Gesamtkonzeptes für die Bebauung des Angerbogens. Er ist aus diesem städtebaulichen Vorentwurf entwickelt. Aufgrund von Bedenken und Anregungen während der 1. öffentlichen Auslegung wurde der Vorentwurf insoweit modifiziert, als der Schwerpunkt der geplanten Einfamilienhausbebauung nicht mehr bei 2-geschossigen Reihenhäusern, sondern bei freistehenden eingeschossigen Einzel- und Doppelhäusern liegt. Auch der geplante Geschoßwohnungsbau entlang der ringförmigen Hapterschließungsstraße wurde aufgegeben.

Bei der Überarbeitung, bei der auch die innere Erschließung des Wohngebietes modifiziert wurde, wurde entsprechend dem städtebaulichen Gesamtkonzept wieder ein auf einen Mittelpunkt orientiertes Wohnviertel geplant. Der Mittelpunkt ist ein Platz mit einer öffentlichen Grünfläche, dessen Begrenzung 2-geschossige Reihenhäuser bilden.

Im Bebauungsplan sind an Neubebauung vorgesehen:

Doppelhäuser	16	WE ✓
Einzel- und Doppelhäuser	200	WE
Reihenhäuser	28	WE ✓
Summe	244	WE
Geschoßwohnungen bei im Mittel 110 qm Brutto- geschoßfläche	96	WE
Gesamtsumme	340	WE

(Berechnungsgrundlage bei der Berechnung der WE im Einfamilienhausbereich war: 1,5 WE/Gebäude)

### Flächenbilanz zum Bebauungsplan Nr. 700 I C:

- Wohnbauflächen (Nettobauland)	11,25 ha
- 1-geschossig	7,43 ha
- 2-geschossig	2,05 ha
- 3-geschossig	1,77 ha
- Grünflächen	1,52 ha
- örtl.	0,18 ha
- überörtl.	1,34 ha
- Verkehrsflächen (öffentlich)	3,96 ha
- innere Erschließung	1,17 ha
- äußere Erschließung	2,21 ha
- Parkplätze Stadtbahn	0,58 ha
Gesamtfläche	16,73 ha



## 5.1 Verkehr

### 5.11 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Das Bebauungsplangebiet liegt an der Stadtbahnstrecke Dinslaken - Duisburg - Düsseldorf und ist durch die Haltestelle Duisburg-Huckingen angebunden.

Derzeit ist das Gebiet durch die Straßenbahnlinie 909 (Dinslaken Bf - Duisburg-Walsum - Hamborn - Meiderich - Stadtmitte - Duisburg - Huckingen) und durch die Straßenbahnlinie 79 (Duisburg Hbf - Duisburg-Huckingen - Düsseldorf-Kaiserswerth - Düsseldorf Hbf) erschlossen.

Die Linie 909 soll später durch die Stadtbahnlinie 99 ersetzt werden, die dann zwischen Duisburg Hbf und Duisburg-Kesselsberg verkehren wird.

Weiterhin wird der Planbereich von der Buslinie 940 (Duisburg-Huckingen - Mündelheim - Ehingen - Hüttenheim - Großenbaum - Rahm) als Zubringer und Verteiler mit kleinräumiger Verbindungsfunktion angedient. Die Buslinie führt über die B 8 und bedient den Bahnhof Angerbogen. Die Linie endet südlich des St. Anna-Krankenhauses an der Stadtbahnstrecke.

### 5.12 Individualverkehr

#### 5.12.1 Regionales und überregionales Straßennetz

Das Plangebiet ist durch die Bundesstraße B 8 (Düsseldorfer Landstraße) im Süden über die Anschlußstelle Duisburg-Huckingen mit der Bundesautobahn A 524 verbunden. Über diese Autobahn ist nach Osten mit der Anschlußstelle Lintorf und dem Autobahnkreuz Breitscheid das weitergehende überregionale Autobahnnetz zu erreichen.

Nach Norden führt die B 8 (Düsseldorfer Landstraße) und die L 60 (Sittardsberger Allee) über die Anschlußstelle Duisburg-Buchholz an die A 59.



Diese verbindet den Angerbogenbereich über das Autobahnkreuz Duisburg (nördlich der Ruhr) mit dem weiterführenden Autobahnnetz.

Mit der geplanten Fortführung der A 59 wird diese im Süden an die A 524 angeschlossen.

Weiter stellt die B 8 nach Süden die Verbindung nach Düsseldorf und die B 288 (Krefelder Straße) nach Westen die Verbindung nach Krefeld her.

#### 5.12.2 Städtisches Hauptverkehrsstraßennetz

Das Neubaugebiet Angerbogen - in südl. Randlage der Stadt Duisburg gelegen - ist mit der B 8 in nördlicher Richtung an das Duisburger Stadtgebiet angeschlossen.

Der Verkehr nach den nordwestl. benachbarten Ortsteilen soll über den Hauptverkehrsstraßenzug: B 8/Mündelheimer Straße (L 59) verlaufen. Unterstützend sind dafür in den Straßen westl. der B 8 verkehrsberuhigende Maßnahmen vorgesehen.

Nach fertiggestellter Anbindung der A 59 an die A 524 wird die Düsseldorfer Landstraße hier wesentlich entlastet. Der Verkehr wird dann auf den Ziel- und Quellverkehr des Angerbogens und Huckingens sowie auf Teile des Verkehrs zwischen den anliegenden Stadtteilen Düsseldorfs und Duisburgs reduziert.

Die B 8 wird beiderseits mit Radwegen ausgestattet.

#### 5.12.3 Innere Erschließung des Bebauungsplanbereiches

Die Erschließung des Plangebietes erfolgt ausgehend von der Sammelstraße, die am Bahnhof Angerbogen vorbei an die B 8 angebunden ist.

In dem Abschnitt zwischen B 8 und Stadtbahnstrecke sind Linksabbiegespuren vorgesehen. Diese sollen den Verkehr zur B 8 nach Süden und in Richtung Albertus-Magnus-Straße/St.-Anna-Krankenhaus aufnehmen. Wegen der Kürze dieses Abschnittes sind hier mit den Linksabbiegespuren 4 Fahrspuren notwendig. Dies macht einen Umbau des auf frühere Planungen abgestimmten Bahnhofszuganges notwendig.



Die unmittelbare Erschließung der Wohnbereiche erfolgt zu einem Teil von der mit Rad- und Gehwegen versehenen Sammelstraße aus über als Mischfläche ausgebaute Straßen. Zum anderen Teil ist die Erschließung über die parallel der Stadtbahntrasse geplante Straße gegeben. Hierüber werden ebenso das Krankenhaus und die Parkstände unterhalb der Stadtbahnstrecke erreicht.

Innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen sind öffentliche Parkstreifen teilweise festgesetzt bzw. vorgesehen.

Die genaue Lage der vorgesehenen öffentlichen Parkplätze richtet sich nach der zukünftigen Bebauung.

## 5.2 Bebauung

### 5.21 Geschoßwohnungsbau

Im Planbereich ist Geschoßwohnungsbau als dreigeschossige Randbebauung östlich der Stadtbahntrasse vorgesehen.

Für den erforderlichen Nachweis sind hier besonders kostengünstige Stellplatzlösungen vorgesehen. Die in den WA-Gebieten östlich der Stadtbahntrasse vorgesehenen Garagen sollen "abgesenkt" errichtet werden.

### 5.22 Einfamilienhausbebauung

Im Planbereich südlich des Böckumer Burgweges sind fast ausschließlich freistehende eingeschossige Einfamilienhäuser vorgesehen. Damit wird eine harmonische Anbindung des Neubaugebietes an die vorhandene offene Bebauung nördlich des Böckumer Burgweges erreicht.

Die eingeschossigen Häuser sollen mit geneigten Dachformen errichtet werden.

Die notwendigen Garagen und Stellplätze werden auf eigenem Grundstück errichtet.

Die nicht direkt an den öffentlichen Verkehrsflächen gelegenen Gebäude werden durch im Plan festgesetzte zugunsten der Anlieger und der Versorgungsträger belastete Flächen erschlossen.

In den östlichen Randbereichen sind jeweils 4 freistehende Einfamilienhäuser zu einer Einheit zu einem gemeinsamen Platz zusammengefaßt.

Garagen und Stellplätze werden hier ebenfalls auf dem jeweiligen Grundstück errichtet.

2-geschossige Reihenhäuser sind um den geplanten Platz vorgesehen. Die erforderlichen Garagen werden hier zu Garagenanlagen zusammengefaßt.



### 5.23 Musterhausausstellung

Im südwestlichen Planbereich ist in den mit (A) gekennzeichneten Baugebieten eine Musterhaus-Ausstellung vorgesehen. Eine entsprechende zeitlich befristete Ausnahmeregelung gemäß § 31 (1) BBauG zum Zwecke der Durchführung dieser Ausstellung ist textlich festgesetzt.

Die Ausnahme wird wie folgt begründet:

Aufgrund des zusammenhängenden Flächenangebotes und insbesondere aufgrund des günstigen Standortes im Gefüge des regionalen und überregionalen Haupt- und Fernstraßennetzes sowie mit direktem Anschluß an den öffentlichen Personennahverkehr bietet es sich an, im Rahmen der geplanten Neubebauung dieses Bereiches eine solche Ausstellung mit durchzuführen.

Die Ausstellung soll nach Absicht der Stadt als Grundstückseigentümerin nur verwirklicht werden, wenn im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 700 I A eine derartige Ausstellung nicht durchgeführt wird.

Sofern sie zur Durchführung kommt, soll sie als Wohnsiedlungseinheit erhalten bleiben.

#### Zufahrten/Parken

Die Hauptzufahrt zu dem Neubaugebiet und zur Musterhausausstellung erfolgt über die Düsseldorfer Landstraße. Ein direkter Anschluß an die A 524 und somit eine besonders günstige Anbindung an das überregionale Autobahnnetz ist gegeben.

Für die Besucher der Musterhausausstellung können ausreichend Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe der Ausstellung, und zwar auf den unbebauten Flächen östlich der Düsseldorfer Landstraße angeboten werden.

#### Ausstellungseinrichtungen

Ebenfalls auf den Flächen östlich der Düsseldorfer Landstraße können Flächen für die vorübergehende Unterbringung von Informationsständen, gastronomischen Einrichtungen und öffentlichen Toilettenanlagen zur Verfügung gestellt werden.



### 5.3 Grün- und Freiflächen

#### 5.31 Öffentliche Grünfläche - Parkanlage -

Im Süden und Osten wird der Planbereich durch eine öffentliche Grünfläche - Parkanlage - begrenzt.

Diese Grünfläche wird von dem "Alten Angerbach" begrenzt.

Außerdem ist der Platz in der Mitte des Wohnviertels als "Öffentliche Grünfläche - Parkanlage" festgesetzt.

#### 5.32 Öffentliche Grünfläche - Kinderspielplatz

Im Bereich des Bebauungsplanes ist ein Kinderspielplatz ausgewiesen. Dieser Spielplatz in einer Größe von ca. 900 qm ist dem Spielbereich "B" zugeordnet.

#### 5.4 Ver- und Entsorgung

\* neu 1986

\*\* neu 1986

~~Die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden durch öffentliche Einrichtungen sichergestellt. Sie sind noch zu bauen.~~

Da die privaten Zufahrtswege von den Müllfahrzeugen nicht befahren werden können, sind die Müllgefäße (Rolltonnen) am Abfuhrtage an den öffentlichen Straßen aufzustellen.

~~Durch eine Satzung soll sichergestellt werden, daß das Niederschlagswasser von den Dachflächen jeweils auf dem eigenen Grundstück zu versickern ist.~~

Von den Stadtwerken wird für den gesamten südlichen Angerbogen eine Versorgung mit Gas und Fernwärme angestrebt. Dabei liegen beim ersten Bauabschnitt im Bereich östlich des nördlichen Haltepunktes günstige Voraussetzungen für eine Gasversorgung vor (Einfamilienhausbebauung).

Der Planbereich eignet sich zur Fernsehversorgung über ein Breitbandverteilernetz. Seitens der Deutschen Bundespost besteht die Bereitschaft, unter gewissen Voraussetzungen eine derartige Anlage zu errichten und zu betreiben.

#### 5.5 Wasserwirtschaft

Eingriffe in vorhandene Gewässer, Überschwemmungsgebiete und Deichschutzräume werden nicht vorgenommen. Grundwassermeßstellen und Pegel werden nicht berührt. Abgrabungen sind im Planbereich weder geplant noch vorhanden.

Wasserwirtschaftliche Belange werden nicht tangiert.

\* neu 1986 : Siehe Seite 25 a

\*\* neu 1986 : Siehe Seite 25 a u. b



\* neu 1986:

5.33 Maßnahmen, die die Eingriffe in die Natur mildern:

Folgende zusätzliche Maßnahmen, die nicht im Bebauungsplan festgesetzt werden, sollen die Eingriffe in die Natur mildern:

- ° Wiederherstellung von Feuchtwiesen entlang der Altstromrinne im Rahmen der Landschaftsplanung
- ° Renaturierung des "Alten Angerbaches"
- ° Weitere Ergänzung der Neuanpflanzung von Hecken und Kopfweiden im Bruchgraben in den nächsten Jahren
- ° Anlage einer neuen Obstwiese auf den Weiden des Bruchgrabens.  
Hier soll die gleiche Anzahl an Obstbäumen neugepflanzt werden, wie sie auf der alten Obstwiese entfallen
- ° Bei der Vergabe von städtischen Grundstücken, die direkt an Landschaftsschutzgebiet grenzen, wird mit einer Anpflanzungsverpflichtung das Anlegen eines Pflanzstreifens für eine Feldhecke privatrechtlich gesichert.
- ° Die Ausbauplanung der Straßen und Kanäle wird die Höhenentwicklung des Geländes berücksichtigen. Somit wird ausgeschlossen, daß großflächige Aufschüttungen entstehen.
- ° Die öffentlichen Grünflächen sollen naturnah ausgebaut und mit standortgerechten Gehölzen angereichert werden.

\*\* neu 1986:

Um die ordnungsgemäße Entwässerung des Bebauungsplangebietes Nr. 700 I A und 700 I C - Angerbogen - sicherzustellen, wird ein modifiziertes Entwässerungssystem angeordnet. Dieses modifizierte System sieht eine Versickerung des Niederschlagswassers von Dachflächen auf den Grundstücken vor. Eine Versickerung des Dachflächenwassers bringt eine wesentliche Verringerung des zur Ableitung anfallenden Niederschlagswassers. Aufschlußbohrungen haben ergeben, daß die anstehenden Bodenformationen eine Versickerung zulassen. Durch eine Satzung soll die Versickerung des Dachflächenwassers sichergestellt werden.



Da die als Vorflut zu nutzende vorhandene Kanalisation teilweise überlastet ist, wird vor Übergabe des Abwassers in diese Kanalisation ein Stauraumkanal mit Pumpwerk angeordnet. Das Pumpwerk gibt das Abwasser dosiert an die vorhandene Kanalisation ab. Der Stauraumkanal wird, da keine Notentlastung möglich ist, für die Häufigkeit  $n = 0,2$  bemessen.

Das Pumpwerk, der Stauraumkanal und die Kanalisation werden gleichzeitig mit der fortschreitenden Erschließung des Plangebietes gebaut.

Nach endgültiger Fertigstellung der Planung wird diese der Aufsichtsbehörde zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt.

Da die privaten Zufahrtswege von den Müllfahrzeugen nicht befahren werden können, sind die Müllgefäße (Rolltonnen) am Abfuhrtage an den öffentlichen Straßen aufzustellen.



## 5.6 Grundsätze für soziale Maßnahmen

Bei einer anstehenden Verwirklichung der Planung sind nachteilige Auswirkungen auf die persönlichen Lebensumstände der im Plangebiet lebenden und arbeitenden Menschen nicht zu erwarten.

## 6. Immissionssituation

### 6.1 Luft

Die  $I_1$ -Werte für  $SO_2$  liegen deutlich unter den TA-Luft-Grenzwerten und zeigen einen leichten Abwärtstrend, wie er im Duisburger Raum allgemein zu beobachten ist. Die  $I_2$ -Werte für  $SO_2$  liegen nur geringfügig unter den Grenzwerten. Ein Abwärtstrend ist hier nicht erkennbar; ein Anstieg der Immissionswerte ist nach derzeitiger Kenntnis der Emissionssituation jedoch nicht zu befürchten.

Die Staubbiederschlagswerte sind im Jahre 1980 deutlich gesunken und liegen bis auf eine Ausnahme unter den TA-Luftgrenzwerten. Offenbar ist das eine Folge der Verbesserungsmaßnahmen in den benachbarten Hochofen- und Stahlwerken. Nach den bekannten Änderungsausbauplänen sind in den nächsten Jahren weitere Emissionsverminderungen zu erwarten, die die Immissionssituation günstig beeinflussen.

Die geplante leitungsgebundene Energieversorgung (Fernwärme, Gas) für das Bebauungsplangebiet wird einen Immissionszuwachs von Staub und  $SO_2$  durch Hausfeuerungsanlagen verhindern. \* neu 1986: siehe Seite 26a und 26b

### ~~6.2 Verkehrslärmimmissionen~~

~~Das Plangebiet wird von der Trasse der Stadtbahn Rhein-Ruhr tangiert.~~

Die Mittelungspegel durch die Verkehrsgeräusche der Stadtbahn liegen in einer Entfernung von etwa 25 m bei 60 dB(A) am Tag und 53 dB(A) in der Nachtzeit.

Die geplante Bebauung im WA-Gebiet östlich der Stadtbahntrasse liegt in einer Entfernung von ca. 33 m. Unter Berücksichtigung einer künftigen Verdichtung des Stadtbahnverkehrs wird vor der Wohnbebauung ein Geräuschpegel von etwa 59 dB(A) am Tage und 52 dB(A) in der Nachtzeit erwartet.

Für die an der Stadtbahn liegenden Wohngebäude sind daher zum Schutz der Wohn- und Schlafräume der Einbau von Fenstern der Schallschutzklasse 2 festzusetzen.

Nicht schutzbedürftig sind Flure, Treppenanlagen, NaBräume sowie Räume, die nicht für den ständigen Aufenthalt von Menschen geeignet sind.



\* neu 1986

## 6.2 Lärm

### 6.21 Vorhandene Lärmsituation

Das Plangebiet wird von der Stadtbahn Rhein-Ruhr im Westen tangiert.

Der Grundgeräuschpegel - außerhalb des Einflußbereiches durch die Stadtbahn - liegt in der Nachtzeit zwischen 40 und 45 dB(A). Tagsüber erhöht sich der Grundgeräuschpegel auf 45 bis 50 dB(A) (siehe Lärmkarten Stadt Duisburg).

In einem Abstand von 25 m zur Stadtbahn ist ein Mittelungspegel von 53 dB(A) in der Nachtzeit und von 60 dB(A) tagsüber festzustellen.

Die Geräusche der im Westen liegenden Düsseldorfer Landstraße (B 8) wirken sich auf das Plangebiet wegen der Entfernung nicht mehr aus.

### 6.22 Zu erwartende Lärmsituation

Zur Ermittlung der künftigen Lärmsituation wurde eine Belastung von 20 Zügen in der Nachtzeit und von 168 Zügen am Tage in beiden Fahrtrichtungen angenommen.

Danach sind Mittelungspegel vor den Gebäuden entlang der Stadtbahn von ca. 53 bis 56 dB(A) in der Nachtzeit und von ca. 59 bis 62 dB(A) am Tage je nach Entfernung zur Lärmquelle zu erwarten.

Die vorhandenen und zu erwartenden Geräuschpegel überschreiten die Planungsrichtpegel der Vornorm DIN 18005 "Schallschutz im Städtebau", Mai 1971, Blatt 1. Hierin sind folgende Richtpegel angegeben:

WR-Gebiete	35/50 dB(A) Nacht/Tag
WA-Gebiete	40/55 dB(A) Nacht/Tag

Daher sind Maßnahmen zum Schutz vor Verkehrslärm erforderlich.

### 6.23 Abwägung zwischen aktivem und passivem Lärmschutz

Die wesentlichen städtebaulichen Planungsziele für die Erarbeitung des Gesamtplanungskonzeptes für die Bebauung des Angerbogens waren:

- das Neubaugebiet soll für sich eine städtebauliche Einheit bilden
- das Neubaugebiet soll aber auch an die vorhandene Bebauung in Alt-Huckingen angebunden werden
- die Düsseldorfer Landstraße und die Stadtbahn sollen in ihrer derzeitigen Lage beibehalten werden



- die Düsseldorfer Landstraße und die Stadtbahn sollen aber nicht als Zäsur im Gesamtplanungsbereich wirken, sondern sie sollen die Neubaugebiete westlich und östlich dieser Strecken soweit wie möglich städtebaulich zusammenfügen.

Um diese städtebaulichen Ziele zu erreichen, wurde in der Abwägung zwischen dem denkbaren aktivem Lärmschutz, der entweder die weitgehende Aufgabe einer Bebauung an den o. g. Trassen oder entlang der Düsseldorfer Landstraße die Schüttung von Lärmschutzwällen bzw. die Errichtung von Lärmschutzwänden bedeutet hätte, und dem passiven Lärmschutz, der Schutzmaßnahmen nur für Räume innerhalb von Gebäuden bedeutet, dem passivem Lärmschutz Vorrang eingeräumt.

Durch die städtebauliche Gliederung der Baugebiete nach Art ihrer baulichen Nutzung (WA-Gebiete entlang der Stadtbahnstrecke) und durch die Anordnung der Gebäude wird darüber hinaus der Lärmsituation im Rahmen der oben dargestellten Abwägung Rechnung getragen.

#### 6.24 Festsetzungen von Lärmschutzmaßnahmen

Aufgrund der städtebaulichen Vorgaben muß zum Schutz vor Verkehrslärm passiver Lärmschutz (Schallschutzfenster) vorgesehen werden.

Nach der Richtlinie des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI 2719) "Schalldämmung von Fenstern", Oktober 1973) ist dabei von folgenden Innengeräuschpegeln auszugehen:

	Nacht	Tag
WR- und WA-Gebiet	25-30 dB(A)	30-35 dB(A)

Daher sind zum Schutz vor Verkehrslärm für die zur Stadtbahn weisenden Fensterfronten der Gebäude im WA-Gebiet der Einbau von Fenstern der Schallschutzklasse 2 der VDI-Richtlinie 2719 notwendig (siehe hierzu textliche Festsetzungen).

Vor den Gebäuden im WR-Gebiet im Eckbereich der Albertus-Magnus-Straße und der Planstraße X sind keine Festsetzungen erforderlich, da der Außengeräuschpegel aufgrund der größeren Entfernung geringer ist als im WA-Gebiet.

Da die Pegeldifferenz nicht sehr hoch ist, ist der Einbau von Fenstern der Schallschutzklasse 2 aber zu empfehlen.

Nicht schutzbedürftig sind dabei Flure, Treppenanlagen, Naßräume sowie Räume, die nicht für den ständigen Aufenthalt von Menschen geeignet sind.



## 7. Nutzungsalternativen zum Gesamtkonzept

Der unter Punkt 4. erläuterte städtebauliche Entwurf ist aus den Gutachten der Planungsgemeinschaft Angerbogen (Bähr, Spengelin, Stumpf) entwickelt.

Dieses Gutachten wurde nach einer intensiven Prüfungs- und Beratungsphase unter Beteiligung von Verwaltung, Rat und Öffentlichkeit mit Beschluß des Rates der Stadt vom 20. 7. 1981 zur Grundlage für die Bebauungsplanung bestimmt.

Neben den unter Punkt 4. geschilderten städtebaulichen Qualitäten war für diesen Beschluß ausschlaggebend, daß die zugrunde gelegte Idee "verkehrsabgewandte, durch Grünzüge voneinander getrennte Wohnbereiche um eine grüne Mitte" generell die Möglichkeit bietet, die einzelnen Wohnbereiche weitgehend unabhängig voneinander zu planen, zu gestalten und zu bauen, ohne die Grundzüge des städtebaulichen Entwurfes zu beeinträchtigen. Dies bedeutet Flexibilität im Hinblick auf ein Offenhalten für die Zukunft.

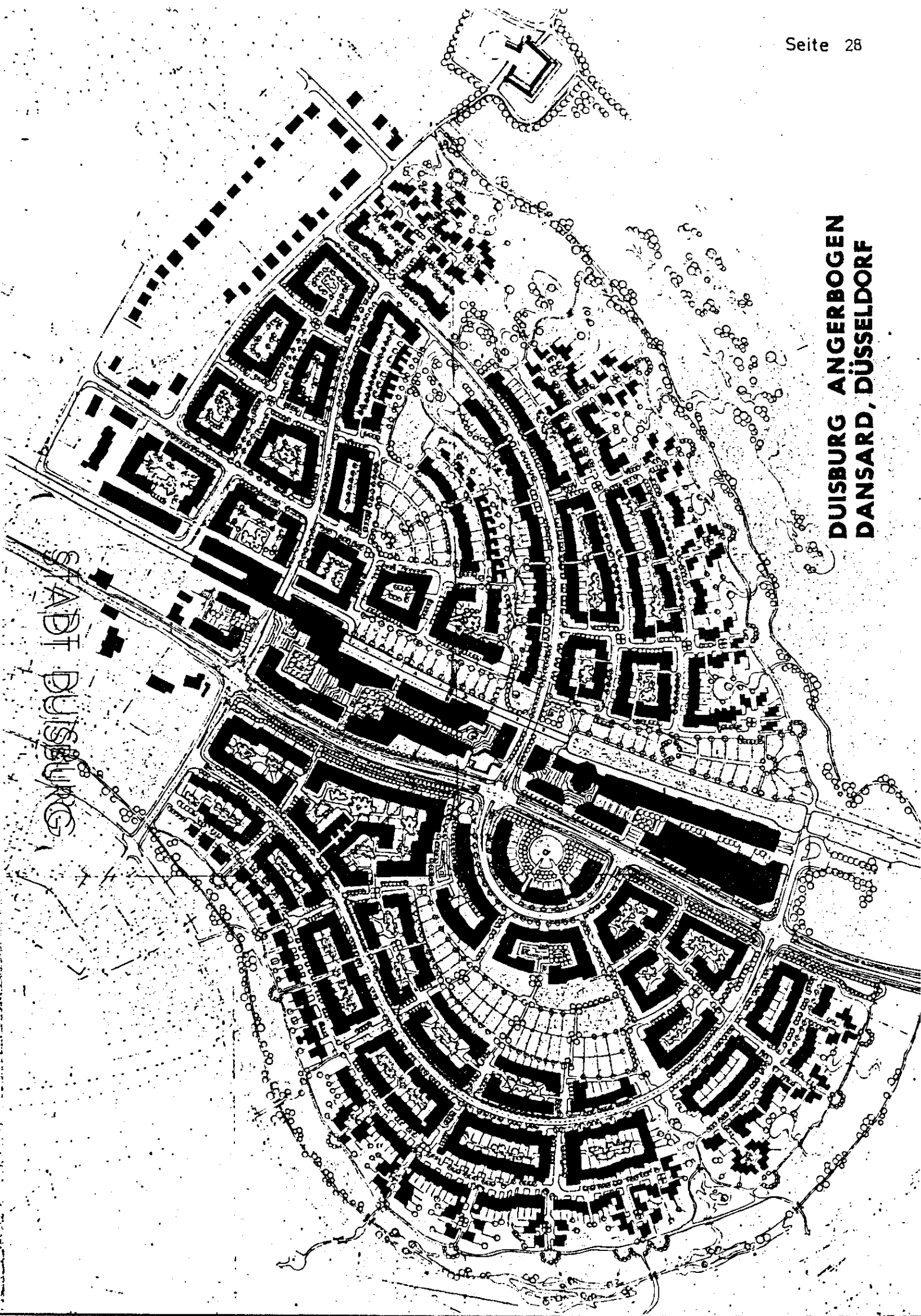
Außer der Planungsgemeinschaft Angerbogen (Bähr, Spengelin, Stumpf) wurden mit der Erarbeitung von städtebaulichen Gutachten für eine Bebauung des Angerbogens folgende Planungsbüros beauftragt:

- Planungsbüro Dansard, Kalenborn und Partner, Düsseldorf
- Planungsbüro Einsele, Darmstadt
- Planungsbüro Luggenhölscher, Gladbeck
- Planungsbüro Scharf, Köln

Die Alternativen zum Bebauungsplan und das ausgewählte Gutachten der Planungsgemeinschaft Angerbogen sind im Folgenden in Form vergleichbarer Plandarstellungen dokumentiert.

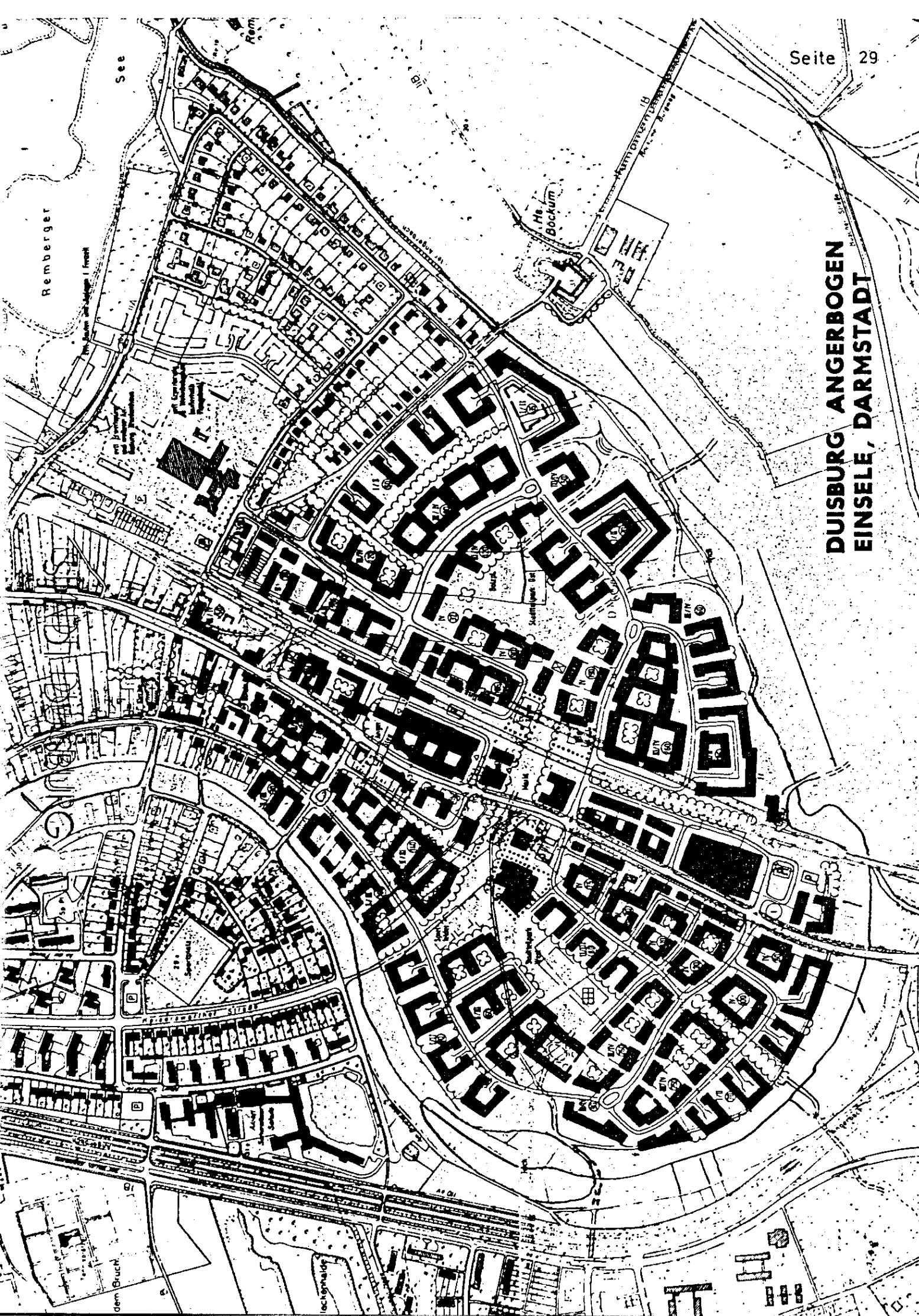


**DUISBURG ANGERBOGEN  
DANSARD, DÜSSELDORF**



STADT DUISBURG





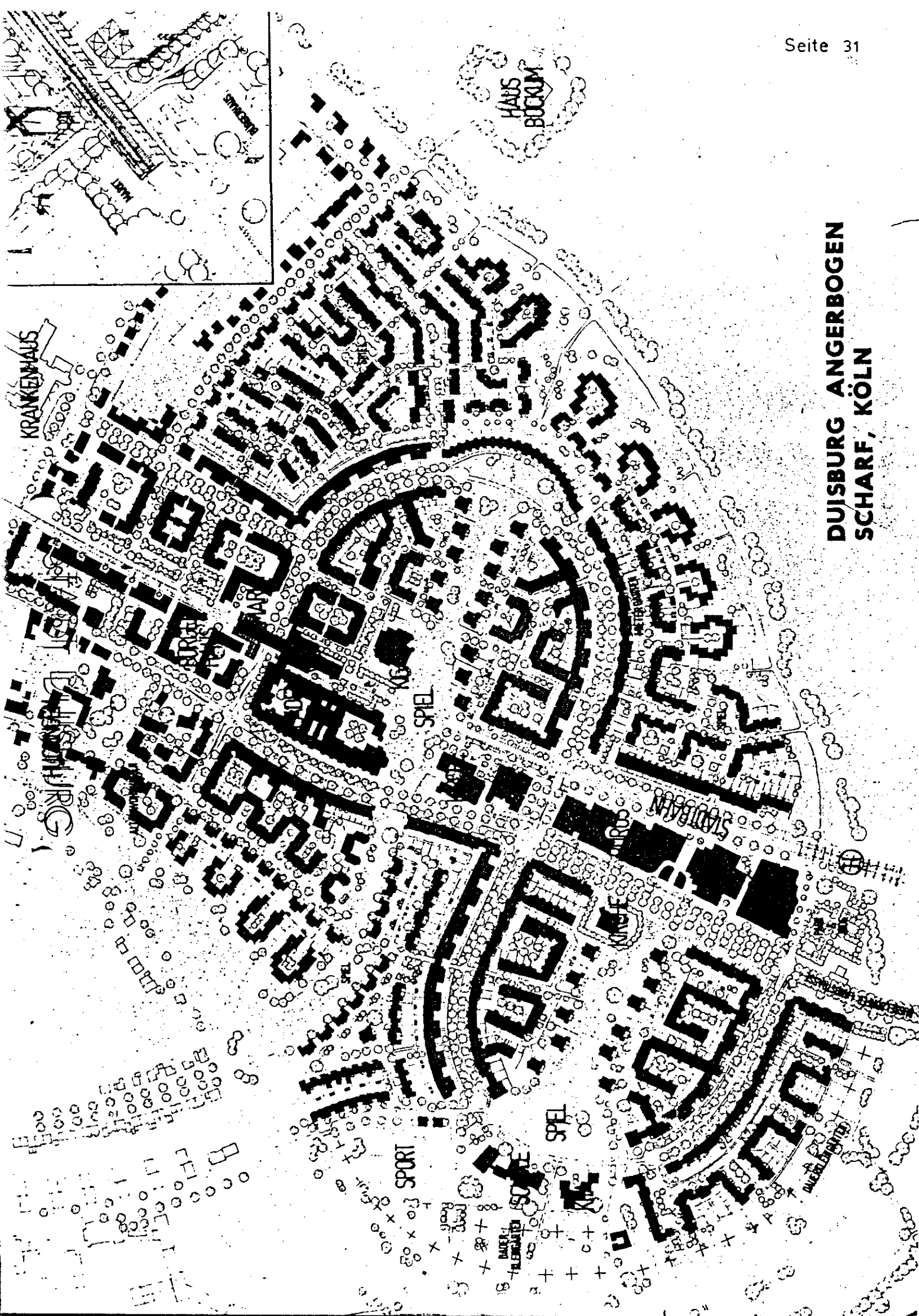
**DUISBURG ANGERBOGEN  
EINSELE, DARMSTADT**



**DUISBURG ANGERBOGEN  
LUGGENHÖLSCHER, GLADBECK**







**DUISBURG ANGERBOGEN**  
**SCHARF, KÖLN**



DUISBURG ANGERBOGEN  
PLANUNGSGEMEINSCHAFT —  
ANGERBOGEN





## 8. Kostenschätzung

Die der Gemeinde durch Maßnahmen dieses Bebauungsplanes entstehenden Kosten und Rückeinnahmen werden geschätzt auf:

Straßenbau	2.834.750,-- DM
Verkehrslenkung	17.328,-- DM
Kanalbau	1.620.000,-- DM
Grünflächen	605.000,-- DM
Kinderspielplatz	54.000,-- DM
Gesamtsumme:	<u>5.131.078,-- DM</u>

### Rückeinnahmen:

Straßenbau	1.503.400,-- DM
------------	-----------------

(In diesem Betrag sind Kosten in Höhe von 189.000,-- DM enthalten, die als Beitrag an der Straße Y auf das anschließende Plangebiet 700 I B entfallen.)

Grünfläche	72.900,-- DM
Kinderspielplatz	48.600,-- DM
	<u>1.624.900,-- DM</u>

8.1 Von den Maßnahmen dieses Bebauungsplanes, deren Gesamtkosten unter Absatz 8. dargestellt sind, sind gemäß § 9 (8) BBauG nachstehende Maßnahmen alsbald zur Verwirklichung vorgesehen:

Straßenbau	3.621.000,-- DM
Kanalbau	1.620.000,-- DM

Für diese Maßnahmen kann der städtische Kostenanteil im Rahmen des verfügbaren Haushaltsansatzes erwartet werden.

## 9. Textliche Festsetzungen/Örtliche Bauvorschriften

Textliche Festsetzungen siehe Bebauungsplan.

Örtliche Bauvorschriften werden in einer gesonderten Satzung gemäß § 81 (1) Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) festgelegt.

## 10. Aufhebungsvermerk

Aufhebungsvermerk siehe Bebauungsplan.

Diese Begründung gehört zum Bebauungsplan Nr. 700 I C - Huckingen - "Angerbogen". Die Aufstellungsvermerke auf dem Plan gelten auch für diese Begründung.

Duisburg, den 3. Dezember 1985

Der Oberstadtdirektor

In Vertretung



Gersch  
Beigeordneter

STADT DUISBURG



Diese Begründung hat in der Zeit vom 16. 12. 1985 bis 24. 01. 1986 öffentlich ausgelegen.

Die ergänzte und aktualisierte Absichtsbegründung wurde als Entscheidungsbegründung gemäß § 9 (8) Satz 1 BBauG übernommen und vom Rat der Stadt am 9. 6. 1986 beschlossen.

Duisburg, den 2. Juli 1986



Der Oberstadtdirektor  
In Vertretung

  
G i e r s c h  
Beigeordneter

A handwritten mark or signature, possibly a stylized 'H' or 'A', located to the right of the typed name.



## Satzung

der Stadt Duisburg über örtliche Bauvorschriften für einen Bereich ca. 350 m südlich der Albertus-Magnus-Straße und Böckumer Burgweg zwischen Alter Angerbach und Stadtbahn im Ortsteil Huckingen vom 08.01.1987.....

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 09.06.1986 die nachfolgende Satzung beschlossen.

Die Satzung beruht auf:

§ 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1984 (GV NW 1984 S. 475) und § 81 Abs. 1 Nr. 1 und 4 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) vom 26. Juni 1984 (GV NW 1984 S. 419)

### § 1 Geltungsbereich

- (1) Die Satzung gilt für einen Bereich ca. 350 m südlich der Albertus-Magnus-Straße und Böckumer Burgweg zwischen Alter Angerbach und Stadtbahn.
- (2) Der Geltungsbereich ist deckungsgleich mit dem des Bebauungsplanes Nr. 700-I-C - Huckingen-Angerbogen -. Er ist im beigefügten Übersichtsplan sowie im Anlageplan, der aus einem Exemplar des o. a. Bebauungsplanes besteht, mit einer gestrichelten Linie umrandet. Diese Pläne sind Bestandteil der Satzung.

### § 2 Ziel der Satzung

Ziel der Satzung ist es, durch örtliche Bauvorschriften ein harmonisches Einfügen von Neubauten in die Umgebung sicherzustellen und hierdurch eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten. Durch den Ausschluß von Flachdächern und Angabe der Firstrichtungen für bestimmte Bereiche, durch eindeutige Aussagen hinsichtlich der Zulässigkeit von Dachgauben und Dacheinschnitten, der Art und Höhe von Einfriedigungen und der Gestaltung von Eingangsüberdachungen, Balkonbrüstungen, Zugängen und Zufahrten soll ein geschlossener Gesamteindruck erzielt und die Neubebauung in vorhandene Baustruktur integriert werden.

### § 3 Örtliche Bauvorschriften

#### 1. Garagen

- 1.1 Bei Gemeinschaftsgaragen ist für eine Anlage nur eine einheitliche Gestaltung in Baustoff und Farbe, Traufe, Dachform und Dachdeckung zulässig.



## 2. Einfriedigungen

- 2.1 In den WA- und WR-Gebieten dürfen als Abschluß des Grundstückes zu der "öffentlichen Verkehrsfläche" bzw. der "privaten Erschließungsfläche" zwischen der vorderen Baugrenze und der "Straßenbegrenzungslinie" bzw. der "Grenze der privaten Erschließungsfläche" ("Vorgärten") und auf diesen Grenzen keine Einfriedigungen errichtet werden. Rasenkantensteine sind zulässig.
- 2.2 An den im Anlageplan rot gekennzeichneten Stellen sind Mauern bis zu einer Höhe von max. 2,00 m zulässig.
- 2.3 In den WA- und WR-Gebieten sind an Nachbargrenzen als Einfriedigung nur durchsichtige Zäune von max. 1,25 m Höhe und/oder Hecken zulässig.
- 2.4 In den WA- und WR-Gebieten dürfen in den Terrassenbereichen Mauern als Sichtschutz nur bis zu einer Höhe von 1,80 m und nur bis zu 2,00 m hinter der hinteren Baugrenze errichtet werden. Diese Mauer muß in Material und Farbe der Gestaltung der Außenwand des dazugehörigen Hauptgebäudes entsprechen.
- 2.5 An den Grundstücksgrenzen zur "öffentlichen Grünfläche - Parkanlage" im südlichen Bereich sind als Einfriedigung nur Hecken oder transparente Elemente in einer Höhe von max. 1,25 m zulässig.

## 3. Firstrichtungen

- 3.1 Innerhalb der I-geschossig bebaubaren WR-Gebiete am Böckumer Burgweg sind nur traufenständige Gebäude zulässig. Die Firstrichtungen sind im Anlageplan rot dargestellt.
- 3.2 Innerhalb der zwingend III-geschossigen, in geschlossener Bauweise bebaubaren WA-Gebiete östlich der geplanten Straße (X) sind nur traufenständige Gebäude zulässig.

Die Firstrichtungen sind im Anlageplan rot dargestellt.

## 4. Dachformen

- 4.1 Im gesamten Planbereich sind für Wohngebäude Flachdächer nicht zulässig.

## 5. Dachgauben/Dacheinschnitte

- 5.1 In den Baugebieten sind Dachgauben nur dann zulässig, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- der Abstand der Dachgauben darf untereinander 1,00 m nicht unterschreiten;



- Dachgauben müssen vom freistehenden Giebel mind. 1,50 m Abstand haben und vom First einen Mindestabstand von 1,00 m einhalten, gemessen in der Senkrechten;
- die max. Breite der Dachgauben darf nicht größer als die halbe Traufenlänge sein.

5.2 Dacheinschnitte sind zulässig, wenn die Dachflächen links und rechts des Einschnittes mind. 2,00 m breit sind.

#### 6. Eingangsüberdachungen und Balkonbrüstungen

6.1 Für Eingangsüberdachungen, Terrassenüberdeckungen und Balkonbrüstungen dürfen keine flächenbildenden Kunststoffmaterialien verwendet werden.

#### 7. Zugänge und Zufahrten

7.1 Der Belag von Zugängen und Zufahrten ist nur in Form von kleinformatigen Platten oder Pflasterungen herzustellen. Großflächige Abdeckungen aus Asphalt, Beton oder ähnlichen Baustoffen sind nicht zulässig.

#### 8. Müllbehälter und Müllschränke

8.1 Standplätze von Abfalltonnen und Müllschränken, soweit sie nicht in das Bauwerk einbezogen werden, sind zu befestigen und durch entsprechend hohe Abpflanzungen einzufassen.

#### 9. Werbeanlagen

9.1 In den WR- und WA-Gebieten dürfen Werbeanlagen innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen zwischen vorderer Baugrenze und Straßenbegrenzungslinie (Vorgarten) nicht errichtet werden. Sie dürfen nur an der Stätte der Leistung unterhalb der Gebäudetrauflinie errichtet werden. Rechtwinklig zum Gebäude angebrachte Werbeanlagen sind unzulässig. Werbetafeln dürfen in WR-Gebieten eine max. Größe von 0,5 m<sup>2</sup>/Haus und in WA-Gebieten eine max. Größe von 1,0 m<sup>2</sup>/Haus nicht überschreiten.

#### § 4 Ausnahmen und Befreiungen

Ausnahmen und Befreiungen von den Vorschriften dieser Satzung richten sich nach den §§ 68 Abs. 1 und 3 sowie 81 Abs. 5 BauO NW.

#### § 5 Ordnungswidrigkeiten

Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Vorschriften des § 3 dieser Satzung verstößt, handelt ordnungswidrig im Sinne des § 79 Abs. 1 Nr. 14 BauO NW.



#### § 6 Auslegung

Die Satzung liegt ständig während der Dienststunden bei der Stadtverwaltung Duisburg, Stadthaus, Friedrich-Albert-Lange-Platz 7, Duisburg 1, Zimmer 415 sowie im Dienstgebäude Am Buchenbaum 8-12, Duisburg 1, Zimmer 202 zu jedermanns Einsicht aus.

#### § 7 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Vorstehende Satzung der Stadt Duisburg über örtliche Bauvorschriften für einen Bereich ca. 350 m südlich der Albertus-Magnus-Straße und Böckumer Burgweg zwischen Alter Angerbach und Stadtbahn im Ortsteil Huckingen vom wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NW kann gemäß § 4 Abs. 6 Satz 1 GO NW gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden. Dies gilt nicht bei fehlender vorgeschriebener Genehmigung, bei nicht ordnungsgemäßer Bekanntmachung, bei vorheriger Beanstandung des Ratsbeschlusses durch den Oberstadtdirektor oder vorheriger Rüge eines Form- oder Verfahrensmangels gegenüber der Gemeinde, wenn dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden ist, die den Mangel ergibt.

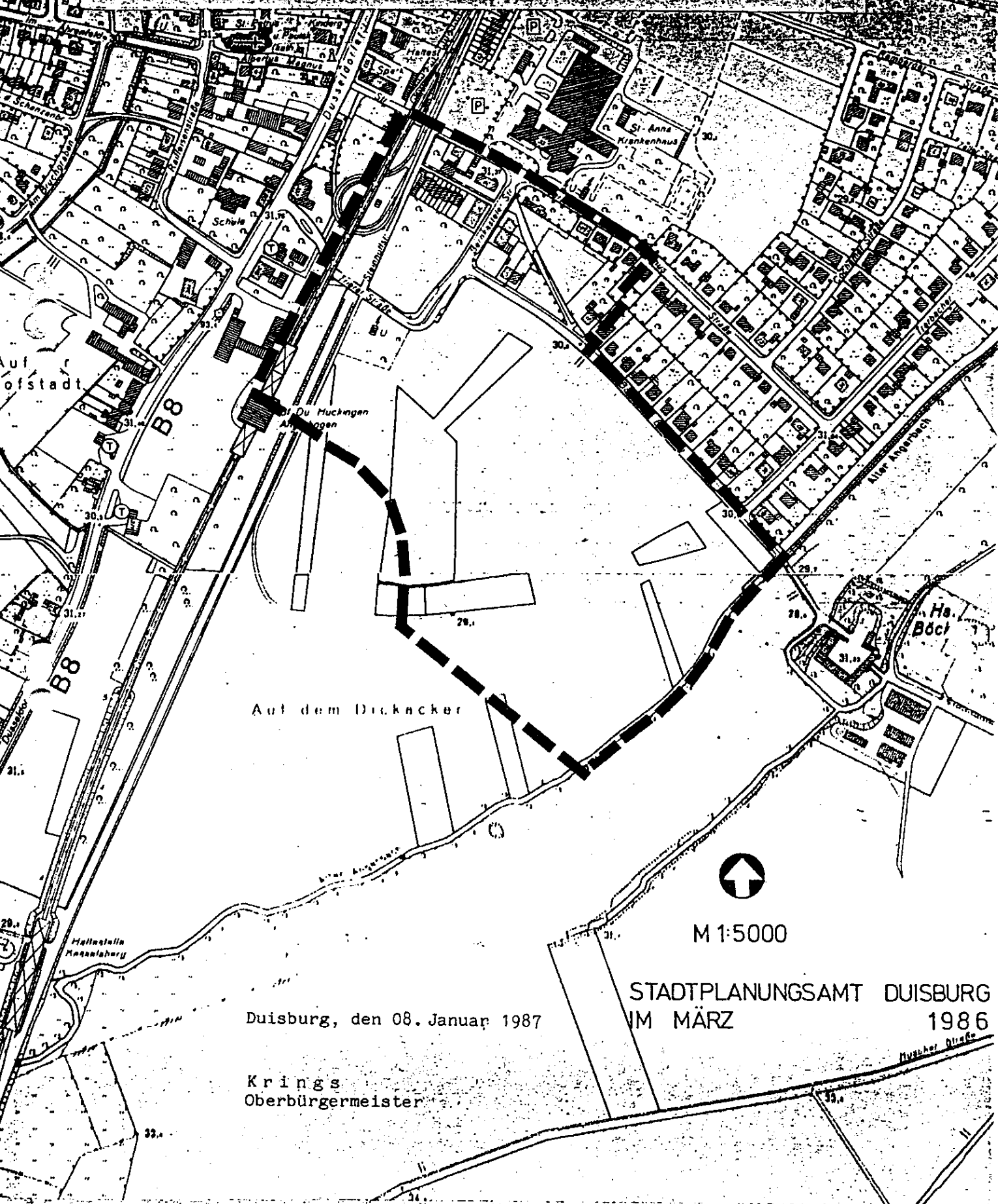
Duisburg, den 08. Januar 1987

K r i n g s  
Oberbürgermeister

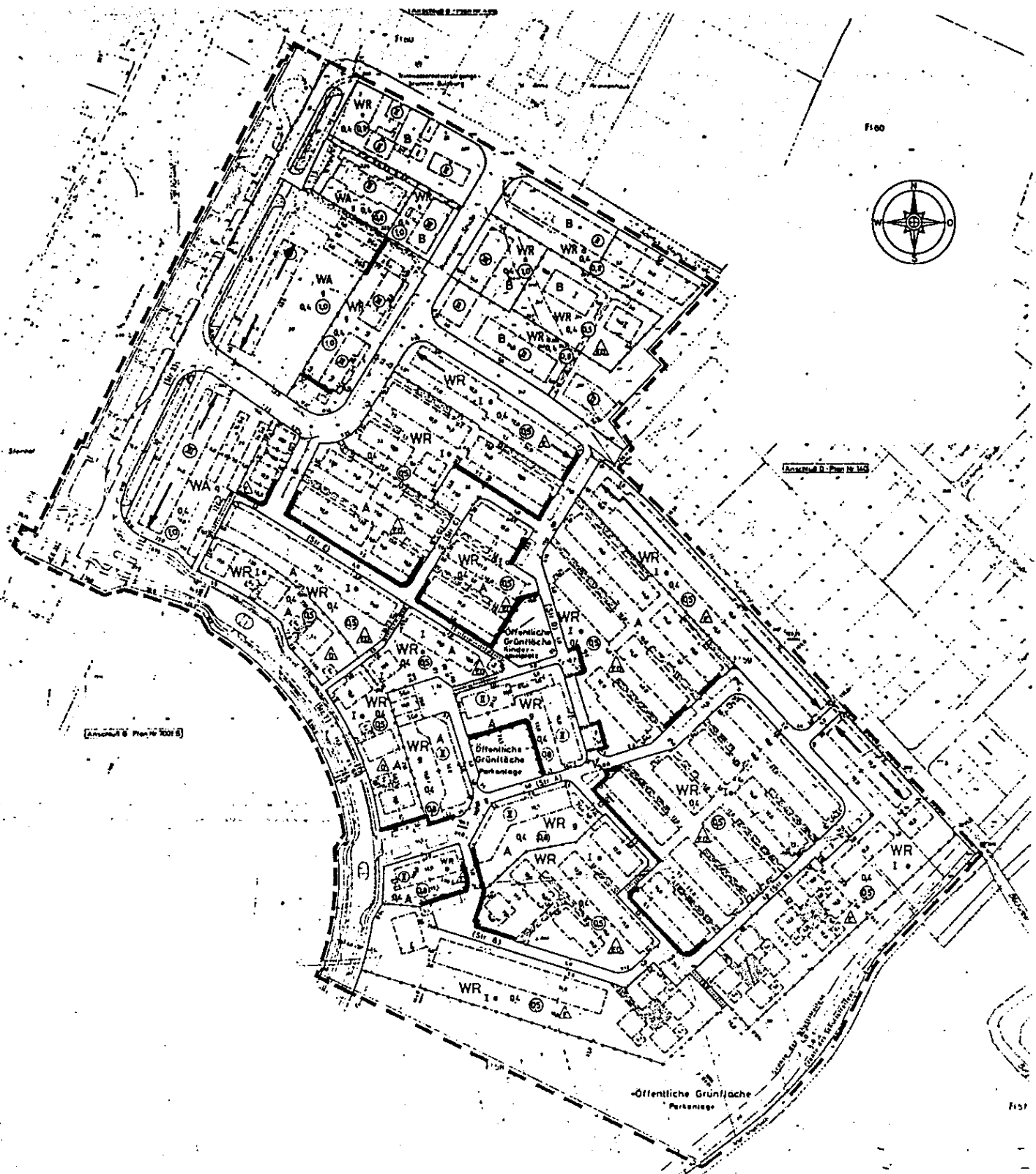


# Übersichtsplan

zur Satzung über örtliche Bauvorschriften für einen Bereich ca. 350 m  
südlich der Albertus-Magnus-Straße und Böckumer Burgweg zwischen Alter  
Angerbach und Stadtbahn im Ortsteil Huckingen







Duisburg, den 08. Januar 1987

Krings  
Oberbürgermeister

## ANLAGEPLAN ZUR GESTALTUNGSSATZUNG

← → FIRSTRICHTUNGEN GEMÄSS  
§ 3 ABS. 3.1 DER SATZUNG

— ZULÄSSIGE MAUERN GEMÄSS  
§ 3 ABS. 2.2 DER SATZUNG